

Blick nach Bulgarien ein Jahr nach dem EU-Beitritt

SONJA SCHÜLER (München)

Am 28. Oktober 2007 fanden in Bulgarien 17 Jahre nach den ersten freien Wahlen seit dem Ende des Sozialismus und erstmals nach dem EU-Beitritt die Lokalwahlen statt; gewählt wurden Stadt- und Gemeinderäte sowie die Bürgermeister der Städte und Stadtbezirke. Die Wahlen waren ein Gradmesser für den Einfluss der Parteien bei der wahlberechtigten Bevölkerung und ein Stimmungstest für die in zwei Jahren stattfindenden Parlamentswahlen.

Obwohl die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), der stärkste Partner der regierenden Dreierkoalition (mit der Nationalen Bewegung „Simeon II“/NDSV und der Bewegung für Rechte und Freiheiten/DPS), als stärkste Partei auch aus diesen Kommunalwahlen hervorgegangen ist, musste sie in den großen Städten Einbußen hinnehmen. Die Bewegung für Rechte und Freiheiten konnte, wie auch bei allen vergangenen Wahlen, wieder hohe Wähleranteile mobilisieren, baute ihren Einfluss auf der Lokalebene auch in Gemeinden, die keine numerisch starke türkische Bevölkerung aufweisen, weiter aus und etablierte sich als drittstärkste politische Kraft. Die radikal nationalistische „Ataka“, deren starkes Abschneiden bei den Parlamentswahlen 2005 für Überraschung gesorgt hatte, ist auch auf der Lokalebene präsent, wohl aber sind die Ergebnisse unter den parteiinternen Erwartungen zurückgeblieben. Die Nationale Bewegung „Simeon II“ blieb zwar im Vergleich zu den Lokalwahlen des Jahres 2003 stabil, hat aber landesweit und insbesondere in den wirtschaftlich bedeutenden Regionen an Einfluss verloren und ist als deutliche Verliererin dieser Wahlen anzusehen. Die Mitte-Rechts-Parteien, nach der Regierungsphase unter Premier KOSTOV (bis 2001) im Zusammenbruch begriffen und tief zerstritten, sind nicht von der politischen Bildfläche verschwunden, sondern konnten zumindest einen Teil der Wählerschaft zurückgewinnen. SDS und DSB traten vielerorts mit gemeinsamen Kandidaten an, und in Sofia konnte die „Blaue Allianz“ ihre Position bei Stadträten und Bezirksbürgermeistern halten¹.

Als auffälligste Erscheinungen dieser Wahlen kristallisieren sich die mit nur knapp über 40% geringe Beteiligung sowie der insbesondere in den großen Städten durchschlagende Erfolg einer außerparlamentarischen Partei heraus, die erst seit Ende 2006 offiziell als solche existiert – die „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) unter ihrem faktischen Chef Boiko BORISOV, die sich bereits im Vorfeld der Wahlen durch Meinungsumfragen als potentiell starke politische Kraft erwiesen hatte. GERB war bereits im Mai vor den Sozialisten als Siegerin aus den Wahlen zum Europaparlament hervorgegangen. Borisov selbst wurde nach einer hinsichtlich ihrer Ergebnisse umstrittenen Amtszeit mit klarer Mehrheit von über 50% als alter und neuer Bürgermeister Sofias bestätigt. Obwohl die Wahlergebnisse

¹ Die Ergebnisse der Lokalwahlen vom Oktober 2007 sind einsehbar auf der Homepage der zentralen Wahlkommission online im Internet unter URL: www.mi2007.org/results2/01/index.html (12.11.07).

belegen, dass die regierende sozialliberale Dreierkoalition weiterhin eine stabile Grundlage auf der Lokalebene aufweist, haben alle Parteien, abgesehen von GERB und DPS seit 1999 kontinuierlich Stimmen eingebüßt.

Ergebnisse und Erscheinungen dieser Wahlen zeigen Veränderungen in der Parteienlandschaft sowie politische Verhaltensmuster der Bevölkerung auf, die hinsichtlich ihrer Hintergründe einer näheren Betrachtung bedürfen. Hier stellt sich die Frage nach den gesellschaftlichen Entwicklungen, vor deren Hintergrund die Wahlen stattfanden.

Die bulgarische Bevölkerung hat 17 Jahre demokratisch und marktwirtschaftlich orientierter Wandlungsprozesse hinter sich, die ungeachtet einer euphorischen Phase in der unmittelbaren Nachwendezeit, der Institutionalisierung neuer Rechte und Freiheiten und des Reformdrucks im Zuge der EU-Beitrittsvorbereitungen für breite Bevölkerungsteile noch nicht die erhoffte Verbesserung der Lebensqualität mit sich gebracht haben. Stattdessen brachen nach 1989/90 drastische soziale Gegensätze auf. Strukturstarke, gut entwickelten Küstenregionen und urbanen Zentren stehen verarmte, teils entvölkerte ländliche Gegenden mit marginal entwickelter Infrastruktur gegenüber. Einer zahlenmäßig geringen „Oberschicht“, deren Angehörige häufig den Strukturen der ehemaligen Nomenklatura und Staatssicherheit entstammen und die nicht selten mit undurchsichtigen Methoden zu Reichtum gekommen sind, steht eine Masse an Menschen gegenüber, die mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 250 BGN bzw. mit Renten von durchschnittlich unter 60 BGN monatlich überleben muss².

Vermehrte staatliche Programme zur Qualifizierung von Arbeitskräften bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie ein mittlerweile verbessertes Geschäfts- bzw. Investitionsklima und Wirtschaftswachstum tragen noch nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Situation breiter Bevölkerungskreise bei. Stattdessen stellen Inflation, rasche Preissteigerungen, insbesondere bei Lebensmitteln und Energie, steigende Mieten und Auswirkungen des in der Transformationsphase erfolgten staatlichen Rückzugs aus traditionellen Verantwortungsbereichen, etwa im Bildungsbereich, zunehmende finanzielle Belastungen der Haushalte dar.

Ungeachtet einer allgemein gesunkenen Erwerbslosenquote sind insbesondere geringer gebildete Bevölkerungssegmente, unter denen sich überproportional viele Angehörige der numerisch großen Roma-Minderheit befinden, als häufig langfristig Arbeitslose auf begrenzte staatliche Leistungen angewiesen und einem erhöhten Armutsrisiko mit vielfältigen möglichen Folgeerscheinungen ausgesetzt³. Der Trend der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Fachkräfte ins Ausland ist auch nach dem EU-Beitritt ungebrochen, obgleich insbesondere innerhalb der jüngeren Generation

² Vgl. die Daten des nationalen statistischen Instituts (Sofia) online im Internet unter URL: www.nsi.bg/BudgetHome/BudgetHome.htm (12.11.07). 1 € entspricht 1,95 BGN nach dem offiziellen Wechselkurs vom 24.11.2007.

³ Vgl. Bulgarischer Nationaler Rundfunk: Steigende Lebenshaltungskosten in Bulgarien – trotz Wirtschaftswachstum und EU-Mitgliedschaft (26.10.07). Online im Internet unter URL: www.bnr.bg (10.11.07) sowie Bulgarischer Nationaler Rundfunk: Arbeitslosigkeit unter schlechter Gebildeten trotz Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiterhin hoch (9.11.07).

die künftigen Entwicklungsperspektiven des Landes zunehmend positiver eingeschätzt werden.

Eine gegenwärtig weithin als niedrig eingestufte Lebensqualität, materielle Unsicherheit, unsichere Zukunftsperspektiven, der Zusammenbruch von Lebenswelten, ein rascher Wertewandel/Werteverfall sowie die Suche nach Identität in einer sich ständig verändernden Umwelt haben Spuren im Massenbewusstsein hinterlassen. Dazu gehören die Verringerung der Möglichkeiten und der Bereitschaft zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation, ein verbreiteter Rückzug in die Mikrowelt der täglichen Probleme, die Zunahme von Depressionen und Drogenkonsum (die Krise im Gesundheitssystem ist indessen noch nicht überwunden) und nicht zuletzt eine *Big-Brother-isierung* der Massenkultur⁴. Die jahrelange Knappheit der staatlichen Ressourcen sowie die Verringerung des gesamtgesellschaftlichen Lebensstandards haben zudem eine Senkung des allgemeinen Bildungsniveaus begünstigt.

Der gegen Korruption im Justizsystem engagierte Rechtsanwalt Vasil VASILEV äußert hierzu:

„In der geistigen Sphäre hat es einen gewaltigen Niedergang gegeben. Die Nachfrage nach Wissen hat insbesondere bei der jungen Generation nachgelassen. Wissen ist momentan ein Privileg der Reichen, die im Ausland lernen und oft dort bleiben. Momentan sind im Bildungsbereich keine bedeutenden Ressourcen zu verteilen. Der Gesellschaft fehlen ernsthafte Werte“⁵.

Zwar machen sich seit der Konkretisierung der EU-Beitrittsperspektive Tendenzen der Zunahme des nationalen Selbstbewusstseins und der Stärkung des Gefühls der Zugehörigkeit zu „Europa“ bemerkbar. Eine baldige Verbesserung der Lebensbedingungen nach dem Beitritt zur Europäischen Union hat die Mehrheit der Menschen, mit denen ich in den vergangenen Jahren im Rahmen meiner Forschungsaufenthalte gesprochen habe, jedoch nicht erwartet; von „Erweiterungseuphorie“ konnte keine Rede sein. Verbreitet ist die Wahrnehmung, dass sich die Lebensqualität weiter verschlechtert hat, dass auf der Ebene der politischen Eliten Skrupellosigkeit, Selbstbereicherung, Überheblichkeit, Vetternwirtschaft und leere Versprechungen vorherrschen, dass der Staat seine Verantwortung gegenüber legitimen Ansprüchen der Bevölkerung nicht wahrnimmt und für die Missstände verantwortlich ist. Dass Kriminalität, Korruption und Armut, allgegenwärtig in der täglichen Medienberichterstattung, durch Politik, Polizei und Justiz nicht konsequent bekämpft werden.

Stattdessen hat eine Entfremdung vom Staat und von den Parteien, eine Entpolitisierung; mit der Verstärkung des dichotomischen Denkens „Die da oben / Wir hier unten“ hat sich die Kluft zwischen politischen und wirtschaftlichen Handlungsträgern und der Bevölkerung vergrößert. Der Bereich der „Zivilgesellschaft“ als potentielle Sphäre der Organisation und Artikulation gesellschaftlicher Bedürfnisse, Probleme und Forderungen sowie der Kontrolle politischer Machtausübung indessen

⁴ Vgl. hierzu auch Bulgarischer Nationaler Rundfunk: Welttag der psychischen Gesundheit deckt traurige Statistik in Bulgarien auf (10.10.07).

⁵ Vgl. Interview mit Vasil VASILEV, Rechtsanwalt, Sofia vom 3.9.07.

ist in Bulgarien hauptsächlich durch ausländische Akteure ins Leben gerufen und am Leben erhalten worden und in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt⁶.

Meine im Sommer 2007 in Bulgarien teils anonym mit Wissenschaftlern, Politikern, Parteimitgliedern und Sympathisanten, mit Journalisten und Angehörigen von Nichtregierungsorganisationen durchgeführten Interviews legen ein politisches Repräsentationsdefizit offen, das auch in Zusammenhang mit spezifischen Charakteristika der politischen Kultur gesetzt werden muss, denn eine demokratische politische Kultur existiert gegenwärtig nur ansatzweise.

Angehörige der ehemaligen Nomenklatura und des Geheimdienstes waren an der Gründung der Parteien zu Beginn der 1990er Jahre maßgeblich beteiligt und brachten ihre Eliten in Schlüsselpositionen. Diese Verflechtung ist insbesondere, aber nicht ausschließlich bei BSP und DPS ausgeprägt und wird auch daran deutlich, dass nach Angaben der Kommission zur Aufarbeitung der Akten der früheren Staatssicherheit bei den vergangenen Wahlen durch die Parteien mehr als 400 ehemalige Geheimdienstmitarbeiter nominiert worden waren.

Mafiotische Strukturen wie die sogenannte „Ringermafia“ haben alle Parteien in den ersten Jahren der Transformationsphase durchdrungen. Parteien sind unabhängig von ihrer erklärten politischen Ausrichtung untrennbar mit wirtschaftlichen Interessengruppen verbunden, welche die Parteien durch „Spenden“ unterstützen bzw. sich in politische Ämter einkaufen und politische Entscheidungen somit maßgeblich beeinflussen. Politische Akteure kontrollieren ihrerseits Wirtschaftsunternehmen oder sichern bzw. decken halb- und illegale wirtschaftliche Aktivitäten wie in den vergangenen Jahren Bauprojekte am Schwarzen Meer. Zwischen politischen Eliten, die unterschiedliche ökonomische Lobbies repräsentieren, erwachsen oftmals ausgeprägte Spannungen und Konflikte⁷. Elitenwechsel werden hauptsächlich durch parteiinterne Konflikte und Manipulation ausgelöst, anstatt vom Volk auszugehen.

Bei den Lokalwahlen war insbesondere die Aneignung der teilweise direkt durch die Gemeinden für Lokalprojekte zu vergebenden Strukturfonds der Europäischen Union von Bedeutung. Zuverlässigen Quellen zufolge verlangen Lokalpolitiker zwischen 10 und 50% der jeweiligen Projektmittel, um die bloße Durchführung der Programme zu gewährleisten. Die Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt häufig faktisch nicht auf der Grundlage von Wettbewerb im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen, sondern von persönlichen Loyalitäten und Bestechungen⁸. Dazu äußerte der bulgarische Journalist und Spezialist für politische Korruption Vasil IVANOV: „Es gibt keinen öffentlichen Auftrag, den eine Firma zufällig erhält“⁹.

⁶ Vgl. SCHÜLER, Sonja: „Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Bulgarien am Beispiel Umweltschutz“ (Oktober 2007, Veröffentlichung in Vorbereitung).

⁷ Vgl. z.B. Interviews mit Alexander STOIANOV, Direktor des Forschungsinstituts Vitosha Research, Sofia, vom 26.7.07 sowie mit Dr. Iskra BAEVA, Dozentin für zeitgenössische Weltgeschichte an der historischen Fakultät der Universität Sofia, vom 30.7.07.

⁸ Vgl. z.B. Interviews mit BAEVA vom 30.7.07 sowie mit Dr. Ilona TOMOVA, stellvertretende Direktorin des Soziologischen Instituts der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia vom 2.8.07 sowie mit Vasil IVANOV, Journalist, Nova TV, Sofia vom 9.8.07.

⁹ Interview mit IVANOV vom 9.8.07.

Insbesondere auf der Lokalebene werden parteipolitische Koalitionen weniger anhand ideologischer oder programmatischer Übereinstimmungen als vielmehr auf der Grundlage ökonomischer Interessen und unter der Prämisse der Aneignung von Ressourcenkontrolle geschlossen¹⁰. Eine neue, bei den vergangenen Wahlen sichtbare Entwicklung besteht darin, dass sich lokale Geschäftsinteressen unmittelbar selbst politisch organisieren. So waren Businessformationen bei den Wahlen stark präsent und haben mit oftmals sehr kostenintensiven Wahlkämpfen eine insgesamt nicht unbedeutende Anzahl an Sitzen erobert.

Die politischen Prozesse sind elitenorientiert und weisen oligarchische Tendenzen auf. Sie sind nicht hinreichend transparent und werden durch informelle Netzwerke beherrscht. Parteien sichern ihren Funktionären und deren Familienangehörigen persönliche Vorteile wie Arbeitsplätze oder bevorzugte Möglichkeiten zum Erwerb von Immobilien. Aussichten auf materielle Vorteile sowie Karrierismus und Konformismus sind insbesondere innerhalb der jüngeren Generation ausschlaggebende Gründe für eine Parteimitgliedschaft. Etwa in Form von Tätigkeiten in Parteiausschüssen und teilprivatisierten Unternehmen mit politischen Quoten sowie durch Beziehungen zur Privatwirtschaft eröffnen sich über die Politik vergleichsweise gute Karrierechancen¹¹. Ideologische Orientierungen und an realen Problemstellungen ausgerichtete politische Diskurse treten gegenüber Klientelismus, persönlichen Loyalitäten, Korruption und Opportunismus in den Hintergrund, was auch die ausgeprägte Mitgliederfluktuation zwischen den Parteien erklärt.

Parteistrukturen sind zentralisiert und patriarchalisch, die Einflussnahme und Mitbestimmung der Mitgliedschaft beschränken sich vorwiegend auf die formelle Ebene. Ernsthafte Debatten über parteiinterne Demokratisierung und eine stärkere Annäherung der Partei an die Bevölkerung finden lediglich bei der BSP statt, in der auch eine bedeutende innerparteiliche Opposition existiert, unter anderem in Gestalt einer regierungskritischen, für mehr Mitgliedermitbestimmung eintretenden „linken“ Bewegung¹².

Die offene, organisierte Protestbereitschaft innerhalb der Parteimitgliedschaft ist allgemein gering. Dies resultiert nur teilweise aus Ohnmachtsgefühlen und den Tatsachen, dass Kritik durch Parteiführungen häufig ignoriert wird und dass Parteimitgliedschaften nicht selten weniger aus ideologischen Gründen denn aus dem Streben nach materiellen Vorteilen und Macht eingegangen werden. Elitendominanz, die in der Nachwendezeit verstärkte Denkweise „Die da oben / Wir hier unten“, Individualismus sowie Manipulation durch Führungseliten sind historisch tief verwurzelte Charakteristika der politischen Kultur, die, wie auch die Korruption, bis in die Zeit der osmanischen Herrschaft zurückverfolgt werden können¹³. Die BSP kann sich im

¹⁰ Interview mit IVANOV vom 9.8.07.

¹¹ Vgl. Interviews mit Dr. Nikolai POPPETROV, Historiker, stellvertretender Hauptredakteur der Zeitschrift *Istorijata* [Die Geschichte], Sofia vom 2.8.07 sowie mit BAEVA vom 30.7.07.

¹² Vgl. z.B. Interview mit Prof. Varban TODOROV, Institut für Balkanstudien der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia vom 27.7.07.

¹³ Vgl. Interviews mit TODOROV vom 27.7.07 und mit IVANOV vom 9.8.07 sowie STOJANOW, Valery: „Einiges zur Entwicklung der politischen Kultur in Bulgarien“. In: MOSSER, Alois

Gegensatz zu den Mitte-Rechts-Parteien zudem noch auf die „gewohnheitsmäßige“, disziplinierte Unterstützung zahlreicher langjähriger Mitglieder verlassen, die aus der Zeit vor 1989 resultiert.

Dennoch hat die Mehrheit der in meinen standardisierten Interviews befragten Mitglieder und Sympathisanten von Parteien des gesamten politischen Spektrums mehr Kontrolle und Machteinschränkung der politischen Eliten, mehr eigene Mitbestimmungschancen und einen stärkeren Gesellschaftsbezug der Parteien eingefordert. Zahlreiche Mitglieder verweigern ihren Parteien mittlerweile dergestalt die Unterstützung, dass sie ihre Beiträge nicht mehr regelmäßig entrichten und nicht an Wahlen teilnehmen oder offiziell aus den Parteien austreten¹⁴. Der BSP sind von etwa einer Million Mitgliedern gegenwärtig noch offiziell 213 000 Mitglieder geblieben¹⁵.

Gleichzeitig ist „Stimmenkauf“ in Form der Vergabe materieller Zuwendungen für Wählerstimmen eine weitere, bereits bei Aleko KONSTANTINOV vor mehr als 100 Jahren beschriebene und parteiübergreifend praktizierte, im Rahmen der Lokalwahlen 2007 jedoch erstmals intensiver in den Medien diskutierte Form der politischen Korruption. Sie scheint sich zunehmend zu verbreiten und kommt nicht mehr ausschließlich bei der Roma-Bevölkerung, sondern auch bei sozial Schwachen anderer ethnischer Zugehörigkeit zum Einsatz¹⁶.

Das allgemeine Ausmaß der politischen Korruption ist kaum objektiv nachweisbar, aber groß, obgleich rechtliche und institutionelle Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung eingerichtet wurden. Breite Teile der Bevölkerung sehen die Korruption, in die neben Wirtschaft und Politik auch das Justizsystem und die Polizei verstrickt sind, als kaum veränderbaren *status quo*, als Teil des Systems an. Ein Rechtsbewusstsein, das zur Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten aktiven Handelns gegen Selbstbereicherung führen könnte, ist gegenwärtig noch nicht verbreitet¹⁷. Politiker und Journalisten, die nicht korrumpierbar sind oder Korruptionsfälle aufdecken wollen, müssen mitunter um ihre berufliche und private Zukunft fürchten, was nicht nur die Mordanschläge der vergangenen Jahre auf die Journalisten Ana ZARKOVA (Trud) und Vasil IVANOV (Nova TV) veranschaulichen¹⁸.

Durch starke Zentralisierung, ausgeprägte Verbindungen zum alten Establishment sowie zur Wirtschaft, durch wuchernde Korruption und fast militärische Disziplin sowie Manipulation der Mitgliedschaft und „Sympathisanten“ zeichnet sich insbesondere die Bewegung für Rechte und Freiheiten als faktische Interessenvertretung

(Hg.): *Politische Kultur in Südosteuropa. Identitäten, Loyalitäten, Solidaritäten*. Frankfurt am Main 2006, S. 210.

¹⁴ Vgl. Interviews mit BAEVA vom 30.7.07 und mit TODOROV vom 27.7.07.

¹⁵ Vgl. Interviews mit Valeri JABLIANOV, Leiter der Personalabteilung der BSP, Sofia vom 4.9.07 sowie mit Prof. Boiko MARINKOV, Vorsitzender der Lokalorganisation der BSP im Bezirk Vuzrajidane (Sofia) vom 10.9.07.

¹⁶ Vgl. etwa Bulgarischer Nationaler Rundfunk: Wahl-Tourismus, Stimmenkauf und die Demokratie (30.10.07) sowie Interview mit Ana ZARKOVA, Journalistin, Tageszeitung *Trud*, Sofia vom 7.8.07.

¹⁷ Vgl. Interview mit IVANOV vom 9.8.07 sowie zur Korruption im Justizsystem Interview mit VASILEV vom 3.9.07.

¹⁸ Vgl. z.B. Interview mit IVANOV vom 9.8.07.

der ethnisch türkischen und muslimischen Bevölkerung Bulgariens aus. Ihre Führungseliten entstammen mehrheitlich der früheren Staatssicherheit, und ihr Chef Ahmed DOGAN hat eine unangefochtene Machtposition inne, die sich nicht nur auf die Bestimmung des Parteikurses und die Auswahl von Wahlkandidaten, sondern auch auf die Kontrolle von Geschäftsimperien beläuft. Parteiinterne Konflikte tauchen kaum auf, zumal Kritiker befürchten müssen, mundtot gemacht, also ihrer Parteiämter enthoben bzw. aus der Partei ausgeschlossen zu werden, wie anonyme Interviews belegen. Auch durch materielle Zuwendungen gegen Wählerstimmen, durch Anspielungen auf die Geschichte und ihre Selbstdarstellung als Schutzinstanz türkischer Interessen, aber auch durch konkrete Druckausübung auf Wahlberechtigte und Mitglieder durch lokale Parteibosse erreicht die DPS eine hohe Wählermobilisierung¹⁹.

Von einer Repräsentativfunktion der Parteien kann allenfalls mit erheblichen Einschränkungen gesprochen werden. Breite Bevölkerungsteile sind angesichts der Gesamtheit der oben benannten Rahmenbedingungen, angesichts politischer Zersplitterung, ideologischer Unklarheiten und fehlender Wahrnehmbarkeit von Unterschieden zwischen Parteien und von innerhalb der eigenen Lebenszusammenhänge spürbaren Erfolgen politischen Handelns apolitisch eingestellt und haben in keiner Form an den politischen Prozessen im Lande teil. Während die BSP noch immer auf die Stimmen zahlreicher langjähriger „Gewohnheitswähler“ zählen kann, haben insbesondere die Parteien des rechten Spektrums in den vergangenen Jahren unter dem Vertrauensverlust der Bevölkerung gelitten. Eine bei meinen Befragungen häufig auftauchende, symptomatische Bemerkung über die politischen Parteien war: „Alle stehlen“.

Insbesondere junge Menschen im Alter bis zu 30 Jahren bekundeten, generell kein Interesse an Politik zu haben und mit keiner Partei zu sympathisieren. Weitere Bevölkerungsteile interessieren sich prinzipiell für Politik, stehen Parteien, Politikern und/oder der repräsentativen Demokratie jedoch enttäuscht und ablehnend gegenüber. Verbreitet ist das ohnmächtige Gefühl, mit der Abgabe der Wählerstimme ohnehin keinen politischen Einfluss ausüben zu können. Wenn gewählt wird, so häufig nicht *für*, sondern *gegen* politische Parteien, sodass ausgeprägte Wählerfluktuationen existieren.

Die Gesamtheit der oben benannten Rahmenbedingungen sowie auch tief im Massenbewusstsein verwurzelte Ängste und Stereotypen wecken Hoffnungen auf eine „starke Hand“ in Form eines „Law-and-Order-Regimes“ und damit auch Hoffnungen auf Einzelpersonen als „Schutzinstanzen“ und Verkörperungen von Einheit. Es erhöht sich die Manipulierbarkeit und die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung für einfache Erklärungsmuster, welche an Ressentiments, Ängste und Hoffnungen appellieren, konkrete Schuldzuweisungen – ob an die Regierung oder an einzelne Bevölkerungssegmente wie ethnische Minderheiten gerichtet – und schnelle, autoritäre Problemlösungsvorschläge enthalten. Damit öffnet sich viel Raum für emotional geprägte Wahlkämpfe und für populistische, auf charismatische Führungspersönlichkeiten zentrierte „Anti-Establishment-Parteien“, die sich auf einer häufig unklaren

¹⁹ Vgl. Interview mit STOIANOV vom 26.7.07.

ideologischen und/oder wenig fundierten programmatischen Grundlage als „Stimme des Volkes“, als Garanten für eine schnelle sozioökonomische Entwicklung, für Wohlstand und Stabilität darstellen.

Dazu gehört in Bulgarien der frühere Zar SAKSKOBUROGGOTSKI mit seiner NDSV, der sich im Wahlkampf des Jahres 2001 volksnah präsentiert und innerhalb von 800 Tagen eine Verbesserung der Lebensbedingungen versprochen hatte. Dazu gehört weiterhin der Journalist Volen SIDEROV mit „Ataka“, der mit ebendiesem Motto sowie mit Slogans wie „Holen wir uns Bulgarien zurück!“, mit Minderheitenfeindlichkeit, einem radikalen Nationalismus und anti-amerikanischer und EU-kritischer Haltung mehr oder weniger erfolgreich an Feindbilder appelliert. Und dazu gehört auch der Sofioter Bürgermeister BORISOV mit seiner liberal-konservativen GERB, die sich selbst als Mitte-Rechts-Partei definiert, im Gegensatz zu „Ataka“ nicht offen an Ressentiments appelliert und eine pro-euroatlantische und business-orientierte Haltung vertritt²⁰.

Ihr faktischer Chef Borisov, auch „Bruder Boiko“ genannt, ist im Lande – und nicht nur dort – äußerst beliebt und in der Medienberichterstattung allgegenwärtig. Er präsentiert sich als entschlossener, tatkräftiger und volksnaher Law-and-Order-Mann, der „die Sprache der Straße spricht“, also in der Lage ist, komplexe Zusammenhänge in einfachen Worten zusammenzufassen und durch die Bevölkerung wahrgenommene Probleme und Forderungen direkt beim Namen zu nennen. So kündigte er etwa einen unerbittlichen Kampf gegen Kriminalität und Korruption an, monierte eklatante Defizite des Justizsystems und forderte die Öffnung aller auffindbaren Akten der sozialistischen Staatssicherheit ein. Darüber hinaus verkündete er die Verringerung der Kluft zwischen den politischen Eliten und der Gesellschaft als Mission seiner Partei, die auch für Steuererleichterungen eintritt²¹.

Die Tatsache, dass Borisov, der General und ehemalige Feuerwehrmann, Ex-Leibwächter Todor ŽIVKOV und SAKSKOBUROGGOTSKIS, ebenfalls einen persönlichen Hintergrund im alten Establishment sowie langjährige Beziehungen zu halblegalen Strukturen in der bulgarischen Security-Branche aufweist, schmälerte seine Beliebtheit nicht, da breite Bevölkerungsteile die Korruption und regierungsnahe Kriminalität als Hauptprobleme des Landes wahrnehmen. Mit seiner Partei GERB, in der zahlreiche Weggefährten Borisovs aus Polizei und Justiz sowie frühere Geheimdienstmitarbeiter, aber auch beliebte Prominente vertreten sind, hat „Bruder Boiko“ Protestwähler gegen die politischen Parteien des gesamten Spektrums angezogen²². Somit konnte er das politische Repräsentationsdefizit sowie allgemeine Unzufriedenheiten erfolgreich nutzen.

²⁰ Vgl. Homepage der Partei GERB, online im Internet unter URL: <http://gerb-bg.com/index1.php>, sowie Deutsche Welle, Fokus Ost-Südost: „Bulgarische CSU“ gegründet (6.12.06). Online im Internet unter URL: www.dw-world.de (14.11.07).

²¹ Vgl. Deutsche Welle, Fokus Ost-Südost: Bulgarien: Sofias Bürgermeister als politischer Hoffnungsträger (27.4.06), Deutsche Welle, Fokus Ost-Südost: „Bulgarische CSU“ gegründet sowie Bulgarian National Radio: Bulgaria's new political party GERB to seek key place in politics (6.12.06).

²² Vgl. Deutsche Welle, Fokus Ost-Südost: Bulgarien: Sofias Bürgermeister als politischer Hoffnungsträger.

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass im bulgarischen Parteiensystem ein Vakuum entstanden ist, in dem sich nationalistische und populistische Parteien bewegen. Obwohl Borisov und seiner GERB momentan gute Chancen zur Ablösung der regierenden Mitte-Links-Koalition bei den kommenden Parlamentswahlen im Jahre 2009 eingeräumt werden, sollte dieser politischen Neuerscheinung noch keine zu große Bedeutung beigemessen werden. Simeon II und SIDEROV mit Ataka sind in der Gunst der Wähler schnell gesunken, nachdem die in sie gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllten und konkrete Problemlösungsansätze mit wahrnehmbaren Ergebnissen ausblieben.

Das in Bulgarien feststellbare politische Repräsentationsdefizit, so wurde deutlich, ist nur vor dem Hintergrund des spezifischen historischen und politischen Kontexts sowie der landes- bzw. regionsspezifischen soziokulturellen Charakteristika und der Begleiterscheinungen der Wandlungsprozesse nach 1989 erörterbar. Gleichzeitig muss betont werden, dass Wertewandel bzw. Werteverlust, eine zunehmende Personalisierung der Politik, Mitgliederschwund und eine verringerte Bevölkerungsbasis der Parteien, Politikverdrossenheit sowie zunehmende gesellschaftliche und politische Einflüsse von Populismen und Extremismen allgemeine Entwicklungen darstellen, die in zahlreichen europäischen Staaten feststellbar sind. Diese Entwicklungen rechtfertigen nicht nur Fragen nach dem Wesen und dem Wandel der „modernen“ Demokratie, sondern auch nach der Zukunftsfähigkeit der gegenwärtig wenig volksnahen Europäischen Union bzw. nach den Perspektiven der politischen und gesellschaftlichen Integration ihrer Mitgliedsstaaten.